

Nicaragua in der Sackgasse

Was gibt es nach sechs Wochen in Nicaragua noch Neues zu berichten? Vieles von dem, was wir im letzten Nica aktuell berichtet haben, hat noch immer seine Gültigkeit. Dass sich die wirtschaftliche Situation des Landes weiter zuspitzt und der Versuch der Regierung, die politische Isolation des Landes bzw. seiner Regierung zu verhindern schwieriger wird, ist offensichtlich. Auch die Türen zu einem nationalen Dialog scheinen verschlossen. Doch der Reihe nach:

Aufklärung ist noch immer notwendig

In den letzten Wochen gab es immer unterschiedliche Zählweise der Toten und Verletzten der letzten Monate. Zwei nationale Menschenrechtsorganisationen (CENIDH und ANPDH) und die Kommission für Wahrheit, Gerechtigkeit und Frieden (CVJP) der Regierung konnten sich nicht auf gemeinsame Zahlen einigen, geschweige denn sich über die Verantwortlichkeiten einigen. Der Dissens (<https://www.nicaragua-forum.de/meldungen/2018/vergleichende-Analyse-der-Todeslisten.html>) war nie größer. Die interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) und eine Delegation des UN Hochkommissariats für Menschenrechte waren in Nicaragua und haben die Regierung für die Mehrzahl der Toten und für weitere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht.

Die Regierung widerspricht und wirft ihnen vor, gar keine eigenen Untersuchungen vorgenommen zu haben, sondern den Zahlen, Beweisen und Deutungen der beiden nationalen Organisationen gefolgt zu sein, sowie die Gewalttaten, die auf das Konto der Protestierer gingen, nicht einbezogen zu haben. Die Vertreter des CIDH wurden zuletzt sogar des Landes verwiesen. Ihr Bericht liegt seit längerem vor, auch wurden Betroffene gehört, ob auch die Familien der toten Polizisten einbezogen waren ist uns unbekannt. Ortega bezeichnete in einer Rede diese Woche laut Prensa die für Menschenrechte zuständige Organisation der UNO im Falle Nicaraguas sogar als politisches Instrument des Terrors, des Todes und der Lüge“.

Angesichts dieser Zuspitzung scheint die Hoffnung auf einen neutralen Mediator nach einem Treffen von Canciller Dennis Moncada mit dem UNO-Generalsekretär Guterres schon wieder verfliegen. Die sandinistische Regierung kommt nicht mehr aus der Sackgasse ihrer Fehlleistungen gleich nach dem Beginn der Proteste. Der Versuch, die nicaraguanische Regierung auf internationaler Ebene zu isolieren, scheint aufzugehen, auch wenn das Foro Sao (Juli 2018 Havanna) der Regierung den Rücken stärkt: In einer Deklaration zu Nicaragua verurteilten die Teilnehmer zugleich "die destabilisierenden, gewalttätigen und terroristischen Aktionen der putschistischen Rechten, die der selben Strategie folgen, die in anderen Ländern wie Venezuela angewandt wird und die verfassungsgemäße Ordnung nicht anerkennen will". Die Rechte greife zu diesem Mittel, "nachdem sie mit ihrem ursprünglichen Vorhaben gescheitert ist, die sandinistische Regierung unter Leitung von Comandante Daniel Ortega Saavedra zu stürzen"(www.america 21.de)



Dennoch: wenn jetzt noch der wirtschaftliche Druck durch entsprechende Gesetze in den USA wächst, wird sich die Situation im Land weiter verschärfen. Die Zeitbombe tickt.

Die Regierungspartei

Lange schien es so, als hätte die sandinistische Partei nach der Räumung der Straßensperren das Heft des Handelns wieder in der Hand. Die schwächer werdenden Proteste der oppositionellen

Bewegungen wurden durch starke Mobilisierung der sandinistischen Mitglieder und der Staatsangestellten gekontert. Prozesse gegen vermeintliche Mörder und Straftäter der Opposition wurden eingeleitet und die ersten Urteile gesprochen. Die Presse berichtet täglich über die Verfahren bezeichnet sie jedoch als „Farce“, da Familienmitglieder der Getöteten, diese „Täter“ entlasteten.

Neben dem engen Kern der Partei gibt es viele Mitglieder, die ihrer Partei die Treue halten und die Argumentationen der Spitze vollständig überzeugt und bedingungslos übernehmen. Ein ebenfalls erheblicher Teil hält Daniel Ortega für alternativlos und unantastbar und schiebt seiner Ehefrau, der stellvertretenden Präsidentin die Schuld für Fehler und Gesichtsverlust in die Schuhe.

Ein weiterer Teil ist verunsichert und enttäuscht von der Spitze Ortega/Murillo, aufgrund der einsamen Entscheidungen und intransparenten Vorgänge der letzten Jahre, bleibt aber aus unterschiedlichen Gründen in der Partei. Ein großer werdender Teil hat die Partei innerlich längst verlassen und äußert hinter vorgehaltener Hand vernichtende Kritik, ohne das Parteibuch abzugeben. Ehemalige Kämpfer und Aushängeschilder der Partei laufen inzwischen unter den Fahnen der oppositionellen Bewegungen und werden in der Presse genüsslich zitiert.

Dem stellt Ortega den „Dialog des Volkes mit dem Volk“ entgegen (Prensa 31.09.) um verlorenes Terrain wieder zu gewinnen. Der Dialog der Familie mit den Familien habe schon in Kriegszeiten geholfen, die Schwierigkeiten zu überwinden. Die Voraussetzungen hierfür scheinen heute jedoch völlig andere zu sein: Den äußeren Feind glaubhaft für die Geschehnisse verantwortlich zu machen, ohne die eigenen Fehler zu benennen, wird schwerlich funktionieren.

Einem Dialog mit dem Volk muss die Klärung der Verantwortlichkeiten vorausgehen. Die toten Polizisten, die auf Rechnung der Protestierer und der militanten Kräfte in den Bewegungen gehen, kann man nicht als Alibi für eigene Verfehlungen benutzen.

Die Opposition

Vom Unternehmerverband COSEP, der die Proteste losgetreten hat, ist nichts zu hören und zusehen. Dass im Hintergrund die Strippen gezogen werden und während der Proteste gezogen wurden ist sicher. Die Oppositionsparteien im Parlament spielen keine Rolle, halten sich auffallend zurück und fürchten wohl um ihre Pfründe im Falle von Neuwahlen. Die Presse und die oppositionellen Fernsehsender berichten in der Regel über die Toten für die sie die Regierung verantwortlich machen und die Protestmärsche, sowie die wirtschaftlichen Probleme. Sie haben die Bedeutung der sozialen Netzwerke zu Beginn der Proteste wieder etwas relativiert.



Lassen wir eine der Studentinnen zu Wort kommen, die seit Beginn der Proteste im Hintergrund wirkt: „Unser Protest war immer gewaltfrei, dass sich vereinzelt Straftäter und Bewaffnete unter die Leute auf den Barrikaden gemischt haben mag sein. Bezahlt wurden sie sicher nicht von uns. Von einer Bezahlung durch rechte Kräfte weiß ich nichts. Eher glaube ich an deren Bezahlung durch die Regierung, um uns zu diskreditieren. Unser Ziel ist nach wie vor der sofortige Rücktritt von Ortega. Ein Dialog mit der Regierung ist für uns unmöglich, wenn unschuldige Studenten zu Tätern gemacht werden, oder das Land verlassen müssen.“

„Sicher haben wir nicht auf all die schwierigen Fragen nach der Zukunft des Landes Antworten, aber wir werden unsere Ziele wie Demokratie und Transparenz weiter verfolgen und als politische Bewegungen arbeiten.“ Sie beklagt, dass ihre Forderungen nach Rücktritt der Regierung im Foro

Sao Paulo nicht unterstützt wurden. Sanktionen hält sie für notwendig und begrüßt sie, insbesondere wenn sie sich gegen einzelne Politiker richten.

Die bekannteste Oppositionspartei MRS (movimiento renovador sandinista), die nicht im Parlament vertreten ist, sehen auch viele Regierungsgegner durchaus kritisch. Die Partei mit der aktuellen Vorsitzenden Suyen Barahona um die ehemaligen Sandinisten Hugo Torres Jiménez, Dora María Téllez, Víctor Hugo Tinoco; Luis Carrión Cruz, oder die bekanntere Monica Baltodano beteiligt sich in der inhaltlichen Kampagne und der Organisation der Proteste. Käme es zur bewaffneten Auseinandersetzung in größerem Stil, seien sie mit den kampferprobten und militärisch geschulten Kräften ein ernstzunehmender Faktor. Mit einer antimperialistischen Politik jedoch, so einer der Kritiker, hätten diese nichts am Hut.

Die nicht protestierende Bevölkerung

Die Angst und die Sorgen der Menschen als Arbeiter, Händler oder Produzenten, als Väter und Mütter, um ihre Familienmitglieder in dieser unsicheren Situation haben zugenommen. Niemand will zurück in die Zeiten des Krieges der 80er Jahre. Diese Menschen wollen ihrer Arbeit nachgehen, bedauern den rasanten Verlust des wirtschaftlichen Wachstums und der stabilen Sicherheitslage der letzten Jahre. Viele äußern eine akute Zukunftsangst. Sie sehen die sich zuspitzende Situation und sehen keinen Ausweg aus der Krise. Vorgezogene Neuwahlen meinen Viele brauchen eine Wahlrechtsreform, die nicht von heute auf morgen zu schaffen sei. Auch seien Neuwahlen kein Garant für eine „demokratischere“ Ordnung, oder grundsätzlich anderer Machtverhältnisse.

Die Stimmen aus unseren Partnerorganisationen sind sich insoweit einig, dass in dieser Situation die Ausrichtung der Arbeit auf das Gemeinwohl der Mitglieder im Vordergrund stehen müsse und die politische Orientierung nachrangig sei. Natürlich seien Diskussionen in den Gremien und mit den Mitgliedern der Organisation wichtig, fange man aber an, sich nun politisch zu zerfleischen, dann hätte man keine Chance in der aktuellen Krise zu bestehen und würde alles Erreichte verlieren.

Jedenfalls konnten wir bei unseren Besuchen eine sehr vorsichtige und konstruktive Diskussionskultur beobachten und den Willen zur Einheit deutlich spüren. Der Dank für unsere Besuche stärkte uns sehr bei dieser nicht immer einfache Reise

Wir bitten sehr um weitere Unterstützung, der in den Berichten der letzten Wochen vorgestellten Organisationen Frauenzentrum El Viejo, Los Pipitos Somoto, Zuckerrohrprojekt, Fundación Marijn.

Nicaragua-Forum Heidelberg | IBAN: DE02 6725 0020 0001 5177 32; Sparkasse Heidelberg

Allen, die uns beim Reisen durch Nicaragua begleitet haben, ganz herzlichen Dank! Auch für die meist sehr positiven Rückmeldungen.

